

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1 / 2018

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

betrifft frieden beginnt in dieser Ausgabe eine neue Serie. Wir möchten friedenspolitisch tätigen Institutionen oder Vereinen die Möglichkeit einer Präsentation ihrer Tätigkeit geben und damit die vielfältigen Aktivitäten in der Friedensarbeit bewusst machen. Den Beginn macht das Internationale Institut für den Frieden (IIP) in Wien. Neben einer Vorstellung des Instituts, gibt es ein ausführliches Interview mit der Direktorin, Frau Mag. Stephanie Fenkart, zu aktuellen friedensrelevanten Themen.

Mitte Februar ist München Schauplatz eines gespenstischen Treffens. Zahlreiche Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Militär aus allen Weltrichtungen gemeinsam mit Sicherheitsexperten und Vertretern der Rüstungsindustrie, tauschen sich in der bayrischen Hauptstadt über die Weltlage aus. Wie jedes Jahr, heuer aber ganz besonders, geht es um

**Um ein regelmäßiges Erscheinen von
betrifft frieden sicherzustellen, ersuchen wir unsere Leserschaft um einen entsprechenden Kostenersatz.**

Jahresbezug (4 Ausgaben) €16.-
(ermäßigt nach Rücksprache mit der Redaktion €10.-)

Danke für Ihren finanziellen Beitrag!

pax.vienna@chello.at / Postadresse:
ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien /
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW
KENNWORT: ZEITUNG

Bitte teilen Sie uns
Adressänderungen rechtzeitig mit.

die Betonung der militärischen Konfliktlösung und des wiederholten Appells nach Steigerung der Rüstungsausgaben und der Erlangung tatsächlicher Kriegsfähigkeit, insbesondere in der Europäischen Union. Paradoxerweise wird vor der hohen Gefahr einer militärischen Konfrontation der Großmächte gewarnt, um gleichzeitig die massive Stärkung der militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten als scheinbar einziges „deeskalierendes“ Gegenkonzept anzubieten. Verhandlungen, Vertrauensbildung, Friedenskonzepte oder Abrüstung stehen bei den sicherheitspolitischen Scharfmachern in München kaum auf der Tagesordnung.

Anfang Februar war die Geschäftsführerin von ICAN International, Beatrice Fihn, in Österreich zu Gast. Es gelte die Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages zur raschen Ratifizierung zu drängen und weitere Länder von einem Beitritt zu überzeugen, so Fihn gegenüber den Medien. Was die Ratifizierung Österreichs betrifft, so wird das keine Frage von Monaten sein, sondern kann bald erfolgen, war sich Bundespräsident Van der Bellen bei einem Gesprächstermin mit Fihn überzeugt. Termine im Außenministerium, beim Außenpolitischen Ausschuss des Parlaments und mit dem Roten Kreuz, ICAN-Österreich, IPPNW und dem Internationalen Versöhnungsbund rundeten den Besuch ab.

Als friedenspolitisches Engagement die Stimme zu erheben, ist notwendiger denn je. In München demonstrierten mehrere tausend friedensbewegte Menschen gegen Rüstung und Atomwaffen. In und um München fanden Friedenstagungen statt.

Für die Redaktion
Manfred Sauer

P.S. Auf dieser Seite befindet sich auch ein Aufruf an unsere Leserschaft, mit der Bitte um einen jährlichen Finanzierungsbeitrag für unsere Friedenszeitung. Wir hoffen auf Ihre Solidarität.

Mag.a Christine Muttonen

RÜCKBLICK AUF DEN ÖSTERREICHISCHEN OSZE-VORSITZ 2017

In dem Wirbel um die neue türkis-blaue Regierung ist der Abschluss des diesjährigen österreichischen OSZE-Vorsitzes medial leider ein wenig untergegangen. Mit Beginn des neuen Jahres wurde die Verantwortung an Italien übergeben. Zeit ein Resümee zu ziehen. Was hat Österreich in seinem Vorsitzjahr für Frieden und Sicherheit in Europa erreichen können?

Österreich hat den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa Anfang 2017 in einer äußerst schwierigen Phase von Deutschland übernommen. Der Ukraine-Konflikt hat die zunehmenden Spannungen zwischen Russland, einigen seiner Nachbarstaaten und der NATO offen zutage treten lassen. Dieser Konflikt und die seit vielen Jahren fehlende Bereitschaft auf beiden Seiten wichtige militärische Kontroll- und Beschränkungsverträge, wie den Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa, zu modernisieren und zu verlängern, zeigen, wie stark die gemeinsame Europäische Sicherheitsarchitektur bereits erodiert ist.

Auch bei Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten – der sogenannten Dritten Säule der OSZE – hat die Kooperationsbereitschaft unter den Mitgliedsstaaten abgenommen. Nicht einmal auf die Nachbesetzung wichtiger Führungspositionen – darunter die des Generalsekretärs – konnte man sich zuletzt mehr einigen.

Die drohende Handlungsunfähigkeit der OSZE gefährdete Anfang 2017 viele wichtige Friedensmissionen, darunter die Beobachtermission in der Ostukraine, die in den vergangenen Jahren erfolgreich dazu beigetragen hat, den dort herrschenden bewaffneten Konflikt einzudämmen.

Österreichs Aufgabe bestand daher vor allem zunächst darin, durch geschickte Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen den Fortbestand der Beobachtermission in der Ostukraine zu sichern und die Arbeitsfähigkeit der OSZE zu erhalten. Gleichzeitig galt es aber auch unter den sich zunehmend entfremdenden Mitgliedern für eine starke OSZE und

eine umfassende, friedensorientierte und kooperative Sicherheitspolitik zu werben.

Ersteres ist dem österreichische Vorsitz dank seines erfahrenen und hochqualifizierten Diplomatenstabes im Außenministerium tadellos gelungen. Während des informellen AußenministerInnen-Treffens in Mauerbach im Juli letzten Jahres gelang es neben der Position des Generalsekretärs auch drei weitere vakante Spitzenpositionen neu zu besetzen und der OSZE zu neuer Handlungsfähigkeit zu verhelfen. Die Beobachtermission in der Ukraine wurde erfolgreich verlängert, konnte finanziell aufgestockt werden und in ihrer technischen Ausstattung verbessert werden.

In anderen wichtigen Bereichen blieb der österreichische Vorsitz jedoch hinter den Erwartungen zurück und konnte sein volles Potenzial nicht ausschöpfen. So etwa in der Frage eines neuen Rüstungskontrollvertrages für Europa. Der damalige deutsche Außenminister Steinmeier hatte hierzu während des deutschen Vorsitzes eine wichtige Initiative gestartet und mit Diskussionsbeiträgen in den Medien begleitet.

Österreich hat die Initiative zwar weitergeführt und eine Plattform für einen „Strukturierten Dialog“ zu Sicherheitsfragen im OSZE-Raum geschaffen. In dem wird seither auf Beamtenebene über wichtige Vorfragen für ein mögliches neues Rüstungskontrollabkommen diskutiert. Während Deutschland diese Arbeitsgruppe auch 2017 durch weitere politische Veranstaltungen begleitete, hat Österreich seinen Vorsitz leider nicht dazu genutzt, den öffentlichen, politischen Diskurs mit eigenen Beiträgen zu bereichern. Dabei hätte die Perspektive eines neutralen Staates, die öffentliche Debatte durchaus bereichern können.

Auch beim Lieblingsthema des damaligen Außen- und Integrationsministers, dem Kampf gegen Radikalisierung, gelang es Österreich nicht nachhaltig zu punkten. Zwar hatte Minister Kurz den renommierten Terrorismusforscher Peter Neumann zu seinem Sonderbeauftragten ernannt. Dieser legte auch einen

umfangreichen Bericht mit den „Best Practices“ der OSZE-Staaten im Kampf gegen Radikalisierung vor. Allerdings gelang es Kurz nicht, die übrigen AußenministerInnen von einer gemeinsamen Erklärung zu überzeugen, die ein stärkeres Engagement der OSZE in dieser Frage ermöglicht hätte. Das ist erstaunlich, da die Extremismusbekämpfung eigentlich einer der wenigen sicherheitspolitischen Bereiche ist, wo die Mitgliedsländer heute noch gemeinsame Anliegen verfolgen. Glücklicherweise hat sich im vergangenen Jahr auch die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE mit den Ursachen und Folgen von Radikalisierung und Extremismus beschäftigt und ich habe als ehemalige PV-Präsidentin einen dauerhaften Ausschuss einrichten können, der das Thema auch weiterhin ganzheitlich bearbeiten und Vorschläge für eine gemeinsame Politik erarbeiten wird.

Für die OSZE war es zudem unglücklich, dass dem österreichischen Vorsitz aufgrund der vorgezogenen Nationalratswahlen viel Zeit und Energie verloren gegangen ist. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte war der verantwortliche Minister Kurz in der OSZE spürbar abwesend. Dabei wäre es mit Blick auf die zunehmenden militärischen Konfrontationen und den allorts wachsenden Nationalismus gerade jetzt wichtig, einen OSZE-Vorsitz zu haben, der durch sein eigenes Handeln gegenüber den übrigen Mitgliedsstaaten glaubhaft für die Werte der OSZE und die Priorität einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik eintreten kann. Es fällt jedoch schwer, andere vom Wert der OSZE zu überzeugen, wenn man als Vertreter selbst die OSZE nur nachrangig behandelt.

Abschließend kann daher festgehalten werden, dass dem österreichischen Vorsitz in Fragen der Verhandlung und der Diplomatie zweifellos wichtige Erfolge gelungen sind. Er ist jedoch weit hinter seinem Potential zurückgeblieben, wenn es darum geht, mit neuen Ideen und politischen Initiativen die Arbeit der OSZE zu prägen, zu stärken und weiterzuentwickeln. Der österreichische Vorsitz wird daher leider in der OSZE keine nachhaltigen Spuren hinterlassen.

Mag.a Christine Muttonen war bis zur Konstituierung des österreichischen Parlaments nach den letzten Wahlen 2017 Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ) und seit Juli 2016 bis zum Ausscheiden aus dem österreichischen Parlament Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE-Staaten.

betrifft frieden – WISSEN

Die OSZE

Die OSZE geht auf eine Phase der politischen Entspannung der frühen siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Damals wurde die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Am 1. August 1975 wurde die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Dieses Dokument enthält eine Reihe maßgeblicher Verpflichtungen in politisch-militärischen, Wirtschafts-, Umwelt- und Menschenrechtsfragen. Im Dezember 1994 kam es zur Umbenennung in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Ziele der OSZE sind die Sicherung des Friedens und der Wiederaufbau nach Konflikten. Sie sieht sich selbst als stabilisierender Faktor in Europa. Als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der VN soll die OSZE nach dem Subsidiaritätsprinzip als erster internationaler Ansprechpartner bei Konflikten innerhalb des Wirkungsbereiches dienen. Sie wird als System kollektiver Sicherheit angesehen und steht damit durchaus in Konkurrenz zur NATO, die allerdings deutlich militärischer ausgerichtet ist.

Die OSZE hat derzeit 57 Mitglieder aus drei Kontinenten (Europa, Asien, Amerika).

DIE MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ IN KURZEN ZITATEN

Der Ursprung dieser Konferenz geht auf das Jahr 1963 zurück, damals wurde zur „Internationalen Wehrkundebegegnung/Wehrkundetagung“ geladen. Ziel war eine sicherheitspolitische Diskussion und die Festigung der transatlantischen Beziehungen. Daraus entstand dann 2008 der heutige Veranstaltungsname und eine Öffnung zur Teilnahme über den NATO- und EU-Raum hinaus.

Der deutsche Diplomat und Gastgeber der Konferenz Wolfgang Ischinger ortete ein starkes Misstrauen zwischen USA und Russland und daher die große Gefahr einer militärischen Konfrontation der Großmächte. Mit dem Rückzug der USA aus der Weltpolitik fehle eine Ordnungsmacht, so Ischinger. Dies könnten andere Akteure ausnützen. Tatsächlich ist neben der Nuklearkriegsgefahr – alle Atomwaffenstaaten rüsten weiter auf – der Kriegsgefahr aus Versehen und der Nordkoreaproblematik, ein vielstimmiger Appell der prominenten politischen Teilnehmer nach mehr Eigenverantwortung durch Kriegsfähigkeit und Aufrüstung zu hören. Damit werden die Investitionen für Militär und Waffen erheblich gesteigert werden, und die Bürgerinnen und Bürger – im Glauben an die zahlreichen (teils herbeigeredeten) Bedrohungsszenarien – müssen wohl dafür wieder finanziell gerade stehen.

Die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen verlangte – wie viele Andere aus EU und NATO – eine „gemeinsame strategische Kultur“ innerhalb der Europäischen Union bei der geplanten Militärkooperation und die Schaffung einer „Armee der Europäer“ (Anm. der Redaktion: in der das neutrale Österreich wohl nicht mehr dabei sein darf). Mit dem europäischen Verteidigungsfond gebe es dazu einen mächtigen Schub. Es fehle noch ein „Pesco (Anm. ständig strukturierte Zusammenarbeit) der europäischen Außenpolitik“. Damit sprach von der Leyen die Blockademöglichkeit wegen des Einstimmigkeitsprinzips in außenpolitischen Entscheidungen der EU an. Dies könnte nur bedeuten, dass „Blockierer“ kaltgestellt werden, damit die EU endlich rasch militärische Maßnahmen umsetzen könnte, wie den Einsatz der „Battle Groups“.

Ins gleiche Horn stößt die französische Verteidigungsministerin Parly, wenn sie von der „Tyrannei des Konsenses“ spricht. Sie hoffe auf einen baldigen deutschen Koalitionsvertrag, indem „neue Seiten der europäischen Verteidigung“ geschrieben werden, und auf intensive französisch-deutsche Rüstungszusammenarbeit.

Die britische Premierministerin May warb für eine enge Sicherheitspartnerschaft mit der EU auch nach dem Brexit, insbesondere bei Polizei- und Geheimdienstaufgaben.

Der österreichische Bundeskanzler Kurz trat für einen schlagkräftigen, gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen ein. Gleichzeitig bekenne sich das neutrale Österreich zu einer Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Wenn wir langfristig den Frieden in und um Europa sichern und ein ernstgenommener Partner auf der internationalen Ebene sein wollen, dann muss eine verstärkte militärische und polizeiliche Kooperation ganz klar unser gemeinsames Ziel sein. Die Neutralität dürfe Österreich nicht daran hindern, in dieser großen gemeinsamen europäischen Frage eine Linie zu finden“, sagte Kurz in München.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg bekräftigte die Notwendigkeit einer starken nuklearen Abschreckung des Bündnisses.

(Stand 17.2.2018)

Die Konferenzinhalte und die Rüstungsvorhaben entsprechen in keiner Weise dem Denken friedensbewegter Menschen. Diese Entwicklungen geben Anlass zu großer Sorge. Die Linie der österreichische Bundesregierung, viele dieser Entwicklungen mitzutragen oder sogar „Mittäter“ zu werden, ist unverständlich. Nur mit einem sozialen Kahlschlag in Österreich können die verlangten Erhöhungen der Militär- und Rüstungsausgaben finanziert werden.

(MS)

DAS INTERNATIONALE INSTITUT FÜR DEN FRIEDEN (INTERNATIONAL INSTITUT FOR PEACE – IIP)

Das IIP ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Wien. Das Institut hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) und bei der Organisation der VN für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO). Das IIP zielt auf die Durchführung von Friedensforschung ab, soll aber auch als Plattform zur Förderung der gewaltfreien Konfliktlösung in verschiedenen Teilen der Welt und für eine Vielzahl von Menschen dienen, die an Themen interessiert sind, die Frieden und friedliche Annäherung an bestehende Konflikte betreffen.

Das IIP organisiert – allein oder in Kooperation – Vorträge, Konferenzen, Hintergrundgespräche, Roundtables, Symposien und Publikationen zu Themen, die sich mit Frieden und / oder friedlichen Konfliktlösungen befassen. Forschungsprojekte mit österreichischen und internationalen Experten sowie die Veröffentlichung von Artikel und Büchern zu relevanten Themen ergänzen den wissenschaftlichen Schwerpunkt. In den letzten Jahren konzentrierte sich die Arbeit auf Entwicklungen in der Schwarzmeerregion, dem Balkan, der Ukraine und Russland, der MENA-Region und Afrika (v.a. im Migrationskontext), zur EU Außen- und Sicherheitspolitik, zur internationalen Sicherheit und zum Thema Nichtverbreitung. Besondere Aufmerksamkeit wird der künftigen Entwicklung von NATO und OSZE sowie der Integration der BRICS-Staaten in eine neue Weltordnung ohne Gewaltanwendung gewidmet.

Das Vorgängerinstitution des IIP wurde 1956 durch den Weltfriedensrat eingerichtet und 1989 neu gegründet. Es ist untrennbar mit Persönlichkeiten wie BM a.D. Erwin Lanc (er sorgte 1989 für eine unabhängige Ausrichtung und ist heute Ehrenpräsident), Peter Schieder und Peter Stania verbunden. Der derzeitige Präsident ist Dr. Hannes Swoboda, die Vizepräsidentin ist die Abrüstungsexpertin Dr. h.c. Angela Kane.

IIP, Adresse: Möllwaldplatz 5/2. Stock, 1040 Wien

Tel. 43 1 504 64 37 / E-Mail: office@iip.at / <https://www.iipvienna.com> / www.facebook.com/IIPVIENNA

Informieren sie sich über die Aktivitäten des Instituts auf der Homepage, wo sie auch die Anmeldung für den Einladungsverteiler zu den Veranstaltungen finden.

INTERVIEW

Im Rahmen der neuen Serie „betrifft frieden stellt vor“ hat Chefredakteur Manfred Sauer die Direktorin des IIP, Frau Mag. Stephanie Fenkart zum Gespräch getroffen.

Frage: Das IIP ist besonders mit der Person des früheren Bundesministers Erwin Lanc verbunden. Können Sie uns eine kurze historische Entwicklung skizzieren.

Stephanie Fenkart (St.F.): Sehr gerne. Die Vorgängerorganisation des IIP war eine sowjetische Gründung in den 50igern in Wien, die als Brückenschlag in den Westen gedacht war. Erwin Lanc wurde nach seiner Regierungstätigkeit 1989 die Leitung angeboten, die er nur unter der Voraussetzung einer totalen unabhängigen Ausrichtung, fern von irgendeiner Einflussnahme von Moskau oder irgendeiner russischen Institution, annehmen wollte. Interessanterweise wurde dem zugestimmt. Zusammen mit Peter Stania

wurde dann die endgültige Ausrichtung des Instituts vorgenommen. Wir sind auch in unserer Finanzstruktur von externen Geldgebern oder dem Staat unabhängig. Dies gibt uns auch die Möglichkeit, unsere Themen frei zu wählen.

Trotz zaghaften Tauwetters auf der koreanischen Halbinsel ist die Gefahr einer Eskalation wegen des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms und der neuen US-Außenpolitik keineswegs kleiner geworden. Wie schätzen Sie die Lage ein?

St.F.: Das ist natürlich eine gefährliche Situation. Ein Lösungsansatz könnte ein Abkommen ähnlich wie das JCPOA (Anm. Iran-EU-USA Abkommen) sein. Lassen die USA aber dieses Abkommen fallen, so ist das für die Abrüstung, auch auf der koreanischen Halbinsel, nicht förderlich. Der versprochene Aufschwung für die iranische Bevölkerung lässt auch auf sich warten. Vielleicht sollte mit Nordkorea erst über Anderes, wie das Raketenprogramm, verhandelt werden, um sich dann dem eigentlichen Thema sukzessive anzunähern. Die nordkoreanische Botschaft

sagt aber klar, dass es absolut nicht möglich ist, darüber auf diplomatischem Weg zu verhandeln. Daher ist der Erfolg des Iran-Abkommens als Beispiel so wichtig. Wie Trump jetzt dieses Abkommen torpediert, das sehen wir schon sehr problematisch.

*Was Österreich für das
Atomwaffenverbot geleistet hat ...
ist ein großer Erfolg.*

Es gibt den Atomwaffenverbotsvertrag, trotzdem geht die AW-Rüstung in den Nuklearwaffenstaaten zügig weiter. Ein unlösbarer Situation?

St.F.: Das Atomwaffenverbot ist mehr als zu begrüßen und ein Bekenntnis zu einer Welt ohne diese grausamsten Waffen. De facto wird immer argumentiert, dass Atomwaffen durch den Abschreckungsmoment gebraucht werden. Die Frage ist, ob das wirklich der Realität entspricht, auch wenn jetzt keine Atomwaffen gegeneinander eingesetzt werden. Trotzdem werden konventionelle Waffen in einem ungeheuren Ausmaß weltweit eingesetzt. Dann wird weiterentwickelt, dass Atomwaffen noch kleiner und präziser werden, damit sie keinen so großen Schaden anrichten und gezielter eingesetzt werden können. Dann kann es schnell gehen, dass diese Waffen auch eingesetzt werden anstatt nur damit abzuschrecken. Wir sind auch sehr stolz, was Österreich für den Vertrag geleistet hat, auf die Initiative, die vor allem von Österreich ausgegangen ist. Auch Obama hat vor einigen Jahren eine atomwaffenfreie Welt gefordert. Aber das Engagement von Botschafter Kmentt war so groß, und dass sich dann so viele Staaten angeschlossen haben und der Großteil der Welt für eine Abschaffung ist, ist ein starker Erfolg. Interessant ist, dass bei Umfragen in der Bevölkerung sich ein ganz klares Votum gegen Atomwaffen zeigt, die Politiker aber immer wegen der Abschreckung und Notwendigkeit für unsere Sicherheit dagegen argumentieren. Dies ist schon zu hinterfragen.

Sollte es da nicht mehr Druck von unten geben und die Bevölkerung sich stärker gegen diese Politik ausspricht oder genügen die diplomatischen Bemühungen?

St.F.: Also ich denke, dass muss in Synergien erfolgen. Auf der einen Seite müssen die diplomatischen Bemühungen weitergehen. Es braucht aber auch

immer Organisationen, die darauf aufmerksam machen. Ich halte es für sehr wichtig, dass ICAN den Friedensnobelpreis erhalten hat. Hier muss den Regierungsverantwortlichen aber klar gemacht werden, wenn ihr nach den Wahlen eine Gesellschaft vertritt, die gegen Atomwaffen ist, könnt ihr nicht trotzdem Atomwaffen weiterentwickeln. Da wird ja auch Geld investiert, da geht es um Summen, die sind exorbitant, da geht es ja nicht um eine Nebentätigkeit oder um einen kleinen Punkt bei den Rüstungsausgaben.

Derzeit gibt es besonders viele Kriege und andere Gewaltanwendungen. Sind die Friedensakteure, die UNO eingeschlossen, zu schwach, dagegen zu halten?

St.F.: Leider schauen heute die Staaten mehr auf sich und stärken nicht die UNO in ihrer Bemühung. Ein großes Problem ist, dass die Institution UNO, die als Prozess für abnehmende Gewalt und soziale Gerechtigkeit zu sehen ist, es in der heutigen komplexen Welt schwer hat. Es gibt nicht mehr die Kriege A gegen B. Es sind so viele Akteure involviert, man muss erst einmal evaluieren, wer sind all diese Akteure, wer kämpft gegen wen und wofür stehen die. Solange man dies nicht auflösen kann, ist es unheimlich schwierig, Friedensmissionen zu schicken, um nicht die Falschen zu schützen. Dem können auch die diplomatischen Möglichkeiten der UNO nicht gerecht werden. Da braucht es auch die Zusammenarbeit der Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, auch um zu Informationen zu kommen, und dass wir eine Lobby sind für friedliche Konfliktlösungsstrategien, die halt immer an die konkrete Situation angepasst werden müssen. Ostukraine ist eine andere Situation wie etwa Syrien.

*Kampfeinsätze werden wohl
nie mit dem Neutralitätsgesetz
vereinbar sein.*

Österreich ist ein neutraler Staat mit zusätzlichen, aushöhlenden Verfassungsartikeln im Rahmen der Europäischen Sicherheitspolitik. Welche Bedeutung hat das Neutralitätsgesetz heute noch?

St.F.: Neutralität ist aus unserer Sicht ein sehr begrüßenswertes Konzept, weil es sehr viele Möglichkeiten bietet, vor allem auf dem diplomatischen

Parkett. Es ist viel einfacher, unterschiedliche Konfliktparteien einzuladen und an einen Tisch zu bringen, wenn es in einem neutralen Staat stattfindet. Das kann auf dem Staatsgebiet der Konfliktparteien schon gar nicht passieren. Neutralität bedeutet aber nicht, wir halten uns aus allem raus und haben keine eigene Meinung. Wir können uns engagieren. Die Frage ist mit welchen Mitteln. Kampfeinsätze werden wohl nie mit dem Neutralitätsgesetz vereinbar sein. Man könnte vielleicht in der Ausbildung was tun, aber bei den militärischen Mitteln sollte man passiv sein und sich eher heraushalten. Wir haben im EU-Recht auch die Irische Klausel, wo wir von der Beistandspflicht ausgeschlossen bleiben. Wir müssen da nicht unbedingt mitfahren und können mit der Irischen Klausel und der speziellen Rechtslage mit unserer Neutralität argumentieren. Im Rahmen der Pariser Anschläge wurde ja die Beistandspflicht aktiviert, da kann man, wenn man nicht aufpasst, schnell irgendwo dabei sein müssen. Anders ist es bei Solidaritätspflicht, wo wir mitmachen müssen.

Waffenlieferungen ins Ausland sollten stark kontrolliert werden oder erst gar nicht geschehen.

Die EU und die NATO erhöhen wegen der US-amerikanischen Abschottungspolitik ihre Verteidigungsanstrengungen. Rüstung, Rüstungsexport und Waffenschmuggel florieren. Österreich möchte in diesem Konzert mitspielen.

St.F.: Diese Entwicklung sehen wir sehr kritisch, wie die 2 % Klausel der NATO-Staaten. Aufrüstung kann nie ein Moment für mehr Sicherheit sein. Woher kommen die ganzen Waffen z.B. in Syrien, wo werden sie produziert? Die Industrie produziert heute Waffen, die in Afrika von 8 oder 10-jährigen Kindern bedient werden können. Da steht ein Wirtschaftsdenken dahinter, das menschenunwürdig ist und das stark eingeschränkt werden muss. Waffenlieferungen ins Ausland sollten unheimlich stark kontrolliert werden. Oder erst gar nicht geschehen.

Welche aktuellen Themen werden derzeit bearbeitet?

St.F.: Schwerpunkt ist derzeit besonders die Balkan-Region, aufgrund der geographischen und historischen Nähe. Weitere Schwerpunkte dieses Jahr sind der Iran und die MENA-Region (Anm.: Mittlerer

Osten, Nordafrika), die Ukraine und die Beziehung zu Russland, aber auch die Kombination von Kunst mit friedenspolitisch relevanten Themen. Als Querschnittmaterie bei vielen Friedenthemen der Schwerpunkt Menschenrechte. Wir haben auch einen wissenschaftlichen Schwerpunkt mit Symposien, Konferenzen und Publikationen. Da hilft uns unser wissenschaftlicher Beirat, dessen zahlreiche Mitglieder in vielen Ländern wissenschaftlich tätig sind und wir einen intensiven fachlichen Austausch mit diesen Personen und ihren Institutionen pflegen. Der Beirat hilft uns auch in der Organisation von Konferenzen und bildet ein fachliches Netzwerk, auf das wir zurückgreifen können. In Kleinworkshops können Menschen aus unterschiedlichen Richtungen sich zu einem Thema austauschen. Es ist wichtig dialogbereite Menschen aus Konfliktregionen zu finden, die sich auf eine interne Diskussion einlassen. Wir veranstalten des Öfteren auch interne Hintergrundgespräche, die die Dialogbereitschaft fördern sollen. Es geht uns weiters darum, in öffentlichen Diskussionen unterschiedliche Meinungen zu Wort zu kommen lassen, ohne in Gefahr zu laufen, dass diese Veranstaltungen von Hardlinern dominiert werden. Besonders bei Ukraine und Russland versuchen wir diesem Anspruch des Dialogs gerecht zu werden und alle Seiten zu hören. Ein kleiner Migrationsschwerpunkt soll eine problematische Entwicklung aufzeigen. Es macht uns Sorge, dass Migration immer nur im Sicherheitszusammenhang und als Sicherheitsrisiko gesehen wird. So geht etwa Uganda mit den vielen Flüchtlingen aus dem Südsudan ganz anders um, mit einer offenen Flüchtlingspolitik, als dies in Europa passiert. Wir haben das in einer Veranstaltung thematisiert. Mit dem Aufzeigen friedenspolitischer Themen, mit Begegnung, Diskurs, Kommunikation versuchen wir als kleines Institut einen Beitrag für eine friedlichere Welt zu leisten.

b.fr.: Vielen Dank für das Interview.

Mag.a Stephanie Fenkart M.A. ist Direktorin des International Institut for Peace (IIP) in Wien. Sie hat einen Masterabschluss in Internationaler Entwicklung der Universität Wien und einen Masterabschluss in Menschenrechte der Donau-Universität Krems. Ihre wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen im Bereich Sicherheitsthemen, EU-Erweiterung, friedliche Konfliktlösung, Menschenrechte und Nichtweiterverbreitung (Non-Proliferation).

Armin Bernhard: Pädagogik des Widerstands

Der Autor ist Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Duisburg-Hessen. Als Vertreter der kritischen Erziehungs- und Bildungstheorie sind Analysen und Kritik neoliberaler Bildungspolitik, Pädagogik und globale Probleme seine Schwerpunkte. Kritische Friedenspädagogik reflektiert die Grundlagen einer pädagogischen Friedensarbeit unter den Bedingungen des Unfriedens. Ihr zentraler Bezugspunkt ist die Friedlosigkeit, die strukturell in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen verankert ist und ungeheure Ausmaße angenommen hat – eine unverantwortliche Umwelt- und Naturzerstörung gepaart mit einem gigantischen Umverteilungsprozess gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums von unten nach oben. Dieses System gesellschaftlicher Friedlosigkeit, das sowohl innergesellschaftlichen Unfrieden als auch eine Politik der Abschreckung, der Kriegsdrohung und Militärinterventionismus bedeutet, gilt es auch auf pädagogischen Weg zu bekämpfen. Die Rahmenkonzeption solchen Widerstandes knüpft an die Modelle einer kritischen Friedenserziehung der 1970er Jahre an und führt diese weiter. Ziel ist es, die Ursachen von Friedlosigkeit offen zu legen und ihre Rechtfertigungsmuster außer Kraft zu setzen.

Die kritische Friedensforschung überwand eine symptomorientierte Konfliktforschung und stellte die Frage nach den sozialstrukturellen Bedingungen. Friedenspädagogik wird als Pädagogik des Widerstands gegen organisierten Unfrieden entwickelt und muss gegen die Übermacht gesellschaftlicher Gewalt- und Kriegserfahrung die prinzipielle Friedensfähigkeit des Menschen als Axion unterstellen.

Friedenserziehung darf nicht als eine pädagogische Befreiungstechnologie zur Sicherung von Massensolidarität verwendet werden und der Symptombekämpfung dienen. Kritische Friedenspädagogik steht im grundsätzlichen Zusammenhang mit gesellschafts- und bildungspolitischen Engagement. Eine Pädagogik des zerstörerischen Wettkampfs, der lebensfeindlichen Zeitbeschleunigung, der Elitenzucht in der neoliberalen Machtspirale lässt dennoch Spielraum für Kritik und Bekämpfung organisierten Unfriedens. Was in aller Kürze nach theoretischem

Forderungskatalog klingt, vermag Armin Bernhard seine Ausführungen auch ganz konkret nachvollziehbar aufzubereiten.

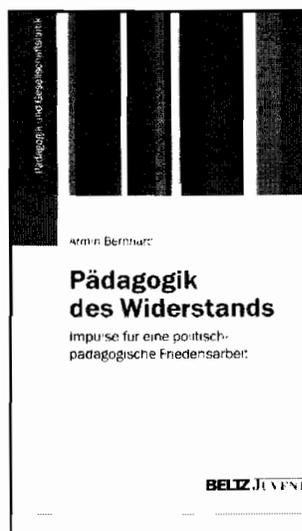
Aus dem Inhalt: Geschichte und Theorie der Friedenspädagogik, von deren Vorgeschichte, von der idealistisch appellativen Friedenserziehung zur kritischen Friedenspädagogik ** kritische Friedenserziehung – der unvollendete Versuch einer sozialkritisch angelegten Friedenspädagogik ** Ökologie und Natur als neue Paradigmen – ökologische und kulturelogische Friedenspädagogik ** kritische Friedenspädagogik als radikale Kritik des Systems der gesellschaftlichen Friedlosigkeit: zur Anlage, Zieldimension und Struktur einer pädagogischen Friedensarbeit ** Pädagogische Friedensarbeit in einer kannibalistischen Weltordnung – zentrale Aufgabe ** konkrete Utopie – Die pädagogische Komponente friedenspolitischer Bildungsarbeit.

Insgesamt zeigt das Buch auf, in welche Verstrickungen friedloser Abhängigkeit Pädagoginnen und Pädagogen heute agieren und ermutigt zur widerständischen Friedensarbeit hier und jetzt für eine friedvollere Zukunft.

Elke Renner

Armin Bernhard
Pädagogik des Widerstands. Impulse für eine politisch – pädagogische Friedensarbeit.

Reihe: Pädagogik und Gesellschaftskritik, 2017, 246 Seiten, auch als E-Book erhältlich. ISBN: 978-3-7799-3628-2, Beltz Verlag-Juventa. www.juventa.de



Thomas Roithner: Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr

Nach „Schöne Götterfunken“ (2015) und „Märkte, Macht und Muskeln“ (2017) ist nun ein weiterer Sammelband von Beiträgen in diversen Medien – fast zur Gänze aus dem Jahr 2017 – des Friedensforschers Thomas Roithner erschienen. Dass seine Expertisen zu sicherheitspolitischen Themen gefragt und anerkannt sind, zeigt der Umstand, dass sich die Anzahl der „Auftraggeber“ weiter erhöht hat. Dem Grundkonzept der inhaltlichen Einteilung in globale, europäische und österreichische Themenfelder, diesmal ergänzt durch die aktuellen Entwicklungen bei den Atomwaffen, blieb Roithner treu. Somit liegt eine spannende Übersicht über ein sicherheitspolitisches Jahr vor. Zum Unterschied zu vielen anderen themenbezogenen Publikationen wird hier vieles noch durch eine friedenspolitische Sichtweise ergänzt. Diese lässt auch eine ernsthafte und fundierte Diskussion einer alternativen Herangehensweise zu

Prävention und zu (zivilen) Lösungsansätzen in Konflikten zu. Das neue Kapitel zu Abrüstungsfragen widmet sich insbesondere dem Prozess zum Atomwaffenverbotsvertrag. Der Einsatz der Zivilgesellschaft dafür wurde bekanntlich mit der Zuerkennung des Friedensnobelpreises 2017 gewürdigt.

Gerhard Haderer steuerte wieder das Coverbild bei, welches diesmal verdeckte Waffenexporte zum Thema hat. Der Band zeichnet sich wieder durch gewohnte Sorgfalt in der Analyse aus und ist inhaltlich am Puls der Zeit.

Mag. Dr. Thomas Roithner

Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr
Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich

Wien, 2018, 148 Seiten, Verlag myMorawa, Paperback ISBN 978-3-99070-328-1 Euro 12,99 / Hardcover ISBN 978-3-99070-329-8 Euro 22,99 / E-Book ISBN 978-3-99070-351-9 Euro 2,99 (MS)

BERICHTE

Keine Steuerreform wegen der Eurofighter?

Die anstehenden Beschaffungserfordernisse für die marode österreichische Luftwaffe stellen in Sparzeiten eine enorme Herausforderung an die Budgets der kommenden Jahre dar. Ohne ein Sonderbudget außerhalb der sonstigen Verteidigungsausgaben wird es nicht gehen – wohl nur mit Sozialeinsparungen und einer Absage der von der Regierung versprochenen großen Steuerreform.

Der frühere Verteidigungsminister Doskozil (SPÖ) hat einen Ausstieg aus dem Vertrag angestrebt und Airbus/Eurofighter wegen Verdacht auf Betrug, Täuschung und Bestechung klagen lassen. Sein Nachfolger Mario Kunasek (FPÖ) lässt die Causa und die Entscheidung über eventuelle Neubeschaffungen in einer Kommission neu bewerten. Angeblich liegen schon Angebote anderer Flugzeugmuster vor. Dem

jetzigen Eurofighter-Typ der Tranche 1 (diese Beschaffung wurde aus Einsparungsgründen vom früheren Minister Darabos in die Wege geleitet) fehlt es an bestimmten Bewaffnungsmöglichkeiten, einer ausreichenden Nachtflugeigenschaft und Eigenschutz/Freund-Feinderkennung, womit er sogar gegenüber anderen Kaufinteressenten unverkäuflich ist. Eurofighter hat ein Angebot gestellt, welches eine rasche und kostengünstige Nachrüstung und ein billigeres, innovatives Logistikpaket in Aussicht stellt. Zudem braucht es zusätzliche Flugzeuge in einer Zweisitzerversion als Trainingsmaschinen.

Ob der im Betrieb teure Eurofighter bleibt oder ob ganz neu beschafft wird, es wird in jeder Variante eine teure Angelegenheit zu Lasten der Steuerzahler.

(MS)

OTTAWA - KONVENTION

Knapp vor Weihnachten 2017 war Wien Schauplatz eines Vertragsstaatentreffens der Mitglieder der Verbotskonvention von Antipersonenminen (Ottawa-Convention).

Laut ICBL (International Campaign to Ban Landmines) wurden seit Inkrafttreten der Konvention mehr als 51 Millionen APM vernichtet, 91 Vertragsstaaten gelten heute als minenfrei, 65 Staaten hatten gar keine Bestände. Trotzdem steigt die Zahl der Minenopfer auf Grund der zahlreichen Konflikte und Kriege wieder an. 32 Länder verweigern weiterhin einen Beitritt. In einer Presseaussendung vom 14.12.2017 forderte Petra Bayr (Abg. NR SPÖ) ein stärkeres Engagement Österreichs bei Suche und Entschärfung von APM. 2016 seien lt. ICBL mindestens 2.089 Menschen durch Minen getötet und mehr als 6.500 verletzt worden, darunter besonders viele Kinder. NGOs, wie GGL (Gemeinsam gegen Landminen), die etwa in der Westsahara die stark verrosteten und nicht mehr lesbaren Minenwarntafeln ersetzen, müssten stärker unterstützt werden.

Eine Zusammenfassung der Konferenzthemen und der aktuellen Entwicklung durch Herrn Botschafter Dr. Thomas Hajnoczi (BMEIA) finden Sie im Anschluss dieser Meldung. (MS)

16. Vertragsstaatentreffen der Antipersonenminenverbotskonvention

Als Abschluss des diesjährigen österreichischen Vorsitzes der Antipersonenminenverbotskonvention fand das Vertragsstaatentreffen vom 18.-21. Dezember 2017 in Wien statt. Weit über 100 Vertreter der Zivilgesellschaft waren unter den 520 Teilnehmern. ICBL trug – wie gewohnt – mit ihren Wortmeldungen und dem Landmine Monitor ganz wesentlich zum Erfolg der Konferenz bei.

Als Konferenzvorsitzender legte ich Wert darauf, dass unter den hochrangigen Eröffnungsrednern neben dem Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes Peter Maurer auch Friedensnobelpreisträgerin Jody Williams und das kambodschanische Minenopfer Tun Channareth von ICBL waren. UN-Generalsekretär Guterres hatte eine Videobotschaft zum 20. Jahrestag der Konvention gesandt.

Zum Anlass dieses Jubiläums wurden in Paneldiskussionen die erreichten Fortschritte seit 1997 geprüft und noch verbleibende Herausforderungen auf dem Weg zur Erreichung einer minenfreien Welt bis 2025 thematisiert. Auch die bahnbrechende Rolle der Zusammenarbeit zwischen Staaten und Nichtregierungsorganisationen im APM-Kontext als Muster für spätere Prozesse wie Streumunition und zuletzt Atomwaffenverbotvertrag wurde erörtert.

Das nach wie vor große Interesse an der Befreiung unseres Planeten von APM spiegelte sich in den vielen, stark besuchten side events, der Vorführung von Minenräumungstechnologien des österreichischen Bundesheeres und dem Informationsstand von MAG und Halo-Trust am Wiener Heldenplatz wider.

Fristverlängerung für Minenräumung wurden Angola, Ecuador, Irak, Thailand und Zimbabwe gewährt. Besonders komplex ist die Situation im Irak, der mit einer starken Zunahme von improvisierten APM verlegt durch nicht-staatliche Akteure konfrontiert ist. Leider brachte die Ukraine auch dieses Jahr den überfälligen Fristverlängerungsantrag nicht ein.

Algerien, einer am stärksten verminten Vertragsstaaten, berichtete den Abschluss der Minenräumung des gesamten Staatsgebietes. 31 Vertragsstaaten arbeiten weiterhin auf einen Abschluss ihrer Minenräumverpflichtungen hin, die andere Hälfte der ursprünglich verminten Vertragsparteien konnte diese Arbeit bereits erfolgreich abschließen.

Belarus meldete den Abschluss der Zerstörung seiner umfangreichen APM-Bestände. Die Zerstörung von über 3,4 Mio. APMs wurde durch umfangreiche EU Unterstützung ermöglicht. Griechenland wird seine Bestände ab Jänner 2018 der Zerstörung zuführen. Nach Abschluss dieser und der bereits lau-

OTTAWA - KONVENTION

fenden Zerstörung der omanischen Bestände wird nur mehr ein Vertragsstaat, die Ukraine, seiner Zerstörungsverpflichtung nachkommen müssen.

Ein Schwerpunkt war die praktische Verwirklichung der Opferhilfe, da nach sinkenden jährlichen Zahlen seit 2015 die Opferzahlen wieder ansteigen, vor allem auf Grund improvisierter APM von ISIS und anderen vergleichbarer Gruppierungen.

Nach einem Rückgang der Beiträge für Minenaktion in den letzten Jahren ist das heurige Ansteigen der Gebergelder äußerst erfreulich. Das Erreichen des Ziels einer minenfreien Welt 2025 ist bei starkem Engagement auch seitens der verminten Länder möglich.

Im September 2017 trat mit Sri Lanka ein neuer und angesichts der Verminung im Bürgerkrieg sehr relevanter Vertragsstaat der Konvention bei. Mit dem Beitritt Palästinas Anfang 2018 hat die Konvention nun 164 Vertragsparteien, eine Zahl die nur wenige internationale Abkommen erreichen.

Die Konvention wirkt auch deutlich auf Nichtvertragsparteien. 2017 gingen nur mehr zwei Berichte über die Verlegung von APM durch die Streitkräfte

von Nichtvertragsparteien, nämlich Syrien und Myanmar, ein. Im offiziellen Statement gab Myanmar bekannt, dass seine Streitkräfte nunmehr grundsätzlich angewiesen sind, keine APM einzusetzen. Dies wird von der internationalen Gemeinschaft verfolgt werden.

In meiner Schlusserklärung als Vorsitzender „Hin zu einer minenfreien Welt“ betonte ich, die Rettung zehntausender, ja hunderttausender Menschenleben seit 1997 auf Grund der Konvention. Jeder Einsatz von APM sei unakzeptabel und zu verurteilen. Die Vertragsstaaten müssen ihre Anstrengungen verstärken, um das Ziel einer minenfreien Welt 2025 zu erreichen. Opferhilfe wird für Minenopfer noch Jahrzehnte darüber hinaus gewährleistet werden müssen.

2018 wird Afghanistan, ein besonders unter Antipersonenminen leidendes Land, den Vorsitz führen.

Botschafter Dr. Thomas Hajnoczi ist hochrangiger Diplomat des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres und Leiter der Abt. II.8 Abrüstung, Rüstungskontrolle, Non-Proliferation

TERMINE

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystr. 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 10.4.2018 19 Uhr „Namibia – Vom kolonialen Erbe zur Unabhängigkeit“, Manfred Sauer (SADDOCC)

Di. 15.5.2018 19 Uhr „Flüsterwitze – Galgenhumor gegen Hitler, Lieder gegen das Vergessen“, Ernst Toman (FI 22). **ACHTUNG GEÄNDERTER TERMIN**

Forum Wissenschaft & Umwelt

NOVUM WIEN Hauptbahnhof, Karl Popper-Straße 16, 1100 Wien (Endstelle Straßenbahnlinie D)

Do. 26.4.2018 13:30 - 21:45 Uhr „Raus aus Atom! Für einen weltweiten Ausstieg aus ziviler und militärischer Verwendung von Atomenergie“.

Anmeldung: office@fwu.at oder 02742/214 54 12

SADDOCC

Sadocc-Bibliothek, Favoritenstrasse 38/Stg. 18/1, 1040 Wien (U1 Taubstummengasse, 13A Belvederegasse)

Do. 26.4.2018 19 Uhr Church, state and social responsibilities in today's South Africa (Vortrag in englisch), Bischof Johannes Seoka (Johannesburg)

Mi. 18.7.2018 Nelson Mandela-Tag (100 Jahre Nelson Mandela) in der Seestadt, wo sich auch der Nelson Mandela-Platz befindet. Tagesprogramm und Rahmenveranstaltungen sind in Planung und werden rechtzeitig auf der SADDOCC-Homepage www.sadocc.at veröffentlicht.

AKTUELLE US-NUKLEARSTRATEGIE ERHÖHT DIE WAHRSCHEINLICHKEIT EINES KRIEGSEINSATZES MIT ATOMWAFFEN

Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS), hat in einem Aufsatz die neue Strategie analysiert. Hier eine Zusammenfassung seiner Einschätzungen.

Nach einem Jahr Amtszeit muss ein neugewählter US-Präsident die Nuclear Posture Review vorlegen. US-Präsident Trump hat schon kurz davor klargestellt, in welche neue Richtung die Strategie entwickelt werden soll. In der Rede zur Lage der Nation vom 30. Jänner 2018: „Als Teil unserer Anstrengungen müssen wir unser nukleares Arsenal modernisieren und wieder aufbauen. Wir müssen es hoffentlich nie einsetzen, aber so stark und mächtig machen, dass es jeden Akt der Aggression abschreckt“. Die Herausforderungen sieht Trump durch sogenannte Schurkenstaaten, Terroristen und Rivalen, wie Russland oder China. „Während wir uns mit diesen Gefahren konfrontiert sehen, wissen wir, dass Schwäche der sicherste Weg in den Konflikt ist, während konkurrenzlose Überlegenheit das sicherste Mittel unserer Verteidigung ist“.

Das Dokument sieht eine maßgeschneiderte und verstärkte Abschreckung durch ein glaubwürdig und flexibel einsetzbares US-Atomwaffenpotential vor. Die breit angelegte Modernisierung der nuklearen Sprengköpfe und ihrer Trägersysteme soll zügig weitergeführt werden. Sie wurde bereits 2010 durch den ehemaligen Präsidenten Barack Obama eingeleitet. Obamas Ziel war es aber durch die Modernisierung einige der vorhandenen Sprengkopftypen aus Dienst stellen zu können. Das aktuelle Konzept sieht jetzt vor, die Außerdienststellung frühestens dann vorzunehmen, wenn neu entwickelte, effizientere Atomwaffen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen die Sprengköpfe einer Anzahl von U-Boot-gestützten Langstreckenraketen

auf eine geringe Sprengkraft verändert werden, die unter jener der Hiroshima-Bombe (12,5 Kilotonnen TNT) liegen wird. In einem zweiten Schritt werden wieder nuklear bestückte Marschflugkörper eingeführt, die von U-Booten oder Kampfschiffen abgefeuert werden können. Auch hier ist eine variable Sprengkraft vorgesehen. Alle Entwicklungen sollen auch die Zielgenauigkeit erhöhen. Die Rüstungsmaßnahmen zielen vor allem gegen Russland.

Die Pläne beinhalten große Gefahren für den Weltfrieden. Es taucht wieder das Gespenst des begrenzten Atomkriegs auf, bei dem in Zeiten des Kaltes besonders Europa als Schauplatz eines nuklearen Schlagabtausch gesehen wurde. Ebenso sinkt natürlich die Schwelle eines (vermeintlich sauberen) Atomwaffeneinsatzes, wenn zielgenauer und mit geringerer Sprengkraft losgeschlagen werden kann. Nicht zuletzt lässt sich beim Angriff dieser vielen Sprengkopftypen nicht mehr erkennen, ob es sich um eine erhebliche und um eine kleine Sprengkraft handelt.

Ohne Zweifel führt diese Entwicklung zu einem neuen nuklearen Wettrüsten, zur ähnlichen Anpassung der Nuklearstrategien anderer Staaten (wie z.B. Russland) und zur Infragestellung von Abrüstungsverträgen, wie des INF-Vertrages (keine nukleare Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa). Die USA und vermutlich auch Russland behalten sich einen atomaren Erstschatz vor auch während eines konventionellen Krieges, wenn bestimmte Verbündete, militärische und zivile Infrastruktur oder die eigene Bevölkerung angegriffen werden. Die Themenfelder Rüstungskontrolle, Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung finden sich in der neuen Nuklearstrategie nur mehr in Spuren. (MS)

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS), Elke Renner (ER)
Layout: Lucia Hämmerle

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“.

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

Homepages der Friedensbewegung

www.hiroshima.at
www.friedensbewegung.at/tf/
www.friedenschristinnen.at/tf/
www.wpc-in.org

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1/2018 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2